

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	Migrationsbeirat
	Termin:	13.07.2023
		öffentlich
	Ort:	Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal
	Vorsitzender:	Bürgermeister Martin Lenz

Zahl der anwesenden Mitglieder: siehe Anwesenheitsliste

Entschuldigte Mitglieder: Frau Stadträtin Ernemann (SPD), Frau Christine Großmann (Grüne), Frau Uhlig (BfI)

Begrüßung der Gäste: Herr Lipp, Leitung Ordnungs- und Bürgeramt, Herr Riedel, Leitung Amt für Stadtentwicklung (AfSta) und Herr Soppa, AfSta

Herr Bürgermeister Dr. Lenz, Vorsitzender, begrüßt alle anwesenden Personen und entschuldigt die nicht anwesenden Mitglieder. Insbesondere begrüßt er Herr Maximilian Lipp, den Leiter des Ordnungs- und Bürgeramtes, Herr Christoph Riedel, Leiter des Amtes für Stadtentwicklung (AfSta) und Herr Sebastian Soppa ebenfalls AfSta. Herr Lenz begrüßt ebenfalls Herr Jürgen Wenzel (FW/FÜR) als Neubesetzung für Frau Ellen Fenrich im Migrationsbeirat. Desweiteren macht Herr Lenz auf den *BNW* Artikel zur heutigen Sitzung aufmerksam.

Tagesordnung öffentlich

TOP 1 Jahresbericht der Ausländerbehörde (ABH)

Herr Lipp erläutert die Vorlage in Vertretung von Herr Hager und entschuldigt diesen. Herr Lipp macht zu Beginn darauf aufmerksam, dass aufgrund der Softwareumstellung 22/23 keine elektronischen Datenauswertung erfolgen konnten.

Herr Bürgermeister Dr. Lenz bedankt sich bei Herr Lipp für den ausführlichen Bericht. Außerdem lobt Herr Lenz die sehr vorbildliche Amtsleitung von Herrn Lipp durch die anhaltenden Krisenzeiten. Die realistische Art und Weise wie Herr Lipp die Forderungen umsetzt, nimmt eine zuversichtliche Richtung in eine moderne ABH und damit Willkommensbehörde ein. Herr Lenz merkt an, dass die Kolleginnen und Kollegen in der ABH durch die realistische, perspektivische sowie mitarbeiterorientierte Führung von Herrn Lipp gut geleitet werden.

Herr Stadtrat Zeh bedankt sich für den Jahresbericht und merkt an, dass die ABH deutlich weniger Beschwerdefälle als in den Vorjahren verzeichnen kann. Er merkt an, dass die Softwaresituation eine Katastrophe ist und man über eine Beschwerde nachdenken sollte.

Herr Zeh schlägt vor, dass die Kommunen einheitlich mit einer Software arbeiten sollten um die Arbeit in den verschiedenen Behörden vergleichbarer und einheitlicher zu gestalten. Außerdem merkt Herr Zeh an, dass sich seine Fraktion für eine Umbenennung der ABH in eine „Willkommenbehörde“ ausspricht.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady stellt die folgenden Fragen: Gibt es Überbrückungsstrategien für die ausfallende Software? Kann man die Attraktivität der Stellen durch eine höhere Gehaltseinordnung erreichen? Wieviel möchte die Stadt Karlsruhe in eine moderne ABH investieren? Zusätzlich verdeutlicht sie, dass eine höhere Stellenbewertung und die Einrichtung einer sogenannten Clearing-Stelle ihrer Fraktion wichtig ist.

Frau Khuen Belasi, sachkundige Einwohnerin bedankt sich bei Herr Lipp für den Bericht. Sie macht auf die vorbildhafte Arbeitsweise der ABH während der Ukraine Krise aufmerksam und bittet dieses Lob an die Mitarbeiter:innen weiterzugeben. Sie regt an, dass das KIT in Karlsruhe zur Beratung hinzugezogen werden kann um eine passende Software zu finden. In der vergangenen LAKA Vollversammlung wurde die besondere Situation der ABHs in allen Kommunen diskutiert und ein regelmäßiger Austausch zwischen den Kommunen angeregt.

Herr Hawarnah, sachkundiger Einwohner stellt die Frage, warum die Führungskräfte in Karlsruhe im Vergleich zu anderen Kommunen eine höhere Gehaltsgruppierung haben und warum man diese nicht auf die Mitarbeitenden in der ABH ausweiten kann um die Personalsituation zu entspannen.

Herr Koca, stellvertretender sachkundige Einwohner betont die langen Bearbeitungszeiten in der ABH und die Auswirkungen dieser zwischenzeitlichen Ungewissheit für die Beteiligten. Er weist daraufhin, dass die Behandlung der Personen, die auf die ABH angewiesen sind im Vergleich zu deutschen Bürgern durch das Rathaus besser bedient seien und das System in der ABH eine diskriminierende Struktur auslebt.

Frau Benzarti, sachkundige Einwohnerin macht auf die mangelnde Wertschätzung des Migrationsbeirates auf der Internetseite der Stadt Karlsruhe aufmerksam. Gleichzeitig werden die Beiratsmitglieder nicht mehr wie früher zu externen Veranstaltungen eingeladen.

Herr Giannikopolous und Herr Koca, beide sachkundige Einwohner betonen die kritische Lage für ausländische Karlsruherinnen und Karlsruher durch die langen Bearbeitungszeiten in der ABH und der damit verbundenen schwierigen Situation für Asylbewerber:innen. Außerdem ist die Arbeitssituation für Angestellte in der ABH nicht akzeptabel und es wird die Frage gestellt, welche Maßnahmen getroffen werden um die Mitarbeitenden zu entlasten und den Weggang vorzubeugen.

Herr Stadtrat Cramer weist darauf hin, dass man auf der Dezernatsebene Gespräche führen kann um die aktuellen Probleme in der ABH gemeinsam anzugehen.

Herr Stadtrat Bauer weist daraufhin, dass die meisten Probleme in der ABH technischer Natur sind und dieser Ausschuss nicht die ausreichende Fachkenntnis dazu hat um diese zu lösen. Deshalb regt er an, dies in einem Ausschuss zu diskutieren, welcher die notwendige Expertise dazu besitzt.

Herr Lipp erklärt, dass kürzere Bearbeitungszeiträume in der ABH schwieriger zu erreichen sind, da man es mit einer immer wechselnden Rechtsstruktur zu tun hat. Ein Grund für den Weggang der Mitarbeitenden in der ABH ist der zunehmend hektische Arbeitsalltag mit einem immer steigendem Kundenverkehr. Gleichzeitig nehmen die Abarbeitung der Anträge und die eingereichten Beschwerden gegen Entscheidungen viel Zeit ein und sind Gründe für

einen Stellenwechsel innerhalb der Verwaltung. Außerdem ist die ABH gerade dabei Flächen und Räume zu prüfen um ähnlich wie bei den Bürgerbüros Expresshallen einzurichten. Eines der wichtigsten Zielsetzungen ist die Verkürzung der Bearbeitungsdauer von der Antragstellung bis zur Entscheidung. Außerdem hat die ABH keine hausinternen Informatiker um technische Fehler wie zum Beispiel in der Software zu beheben. Derzeit wird eine Software aus Bayern für ihre Eignung in der ABH geprüft. Jedoch muss ein Wechsel gut geplant und durchgeführt werden, da ansonsten wichtige Daten gelöscht werden können. Herr Lipp betont, dass die Hoffnung für eine positive Entwicklung für das nächste Jahr besteht.

Herr Bürgermeister Dr. Lenz weist daraufhin, dass die Veränderung im Vergleich zu den letzten Jahren durch die fehlenden Daten nicht gemessen werden konnte und dadurch auch der Erfolg nicht. Diese hier besprochenen Punkte werden an Herr Bürgermeister Käuflein und dem Oberbürgermeister weitergeleitet. Er schlägt vor, dass in Zukunft das Dezernat 2 bei diesem Tagesordnungspunkt in den Migrationsbeirat eingeladen wird. Ebenfalls betont er, dass die lange Redezeit die Ernsthaftigkeit der Lage reflektiert und die ABH eine Priorität werden muss und man sollte unter anderem über eine Gehaltserhöhung sprechen.

Beschluss:

Der Migrationsbeirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 2 Umbenennung des Migrationsbeirates in Integrationsausschuss und Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Beteiligung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner im Migrationsbeirat sowie die dazugehörige Wahlordnung

Frau Denninghaus leitet in die Vorlage ein und erklärt den Anlass für die Namensänderung von „Migrationsbeirat“ in „Integrationsausschuss“ anhand der gesetzlichen Grundlage durch das PartIntG.

Herr Riedel führt in die formellen Änderungen der Satzung und Wahlordnung ein. Er betont, dass die Erfahrungen bei den letzten Wahlen einen Änderungsbedarf aufzeigten

Herr Soppa erläutert näher die inhaltlichen Änderungen aus der Vorlage.

Herr Stadtrat Bauer erklärt, dass die Vorlage eine pragmatische Sprache spricht und sie deshalb gut ist. Er betont, dass die Umbenennung eine Anpassung an die Realität darstellt.

Herr Stadtrat Wenzel bedauert die Streichung des Wortes „Herkunftsland“ und fragt nach, warum es durch „Land, für das man sich bewirbt“ ersetzt wird.

Herr Hawarnah, sachkundiger Einwohner, weist daraufhin, dass die Vorlage in einer schwierigen Sprachweise verfasst wurde. Gleichzeitig betont er, dass das Wort „Herkunftsland“ ein Zeichen der eigenen Identitätsgeschichte ist und eine Frage der politischen und gesellschaftlichen Akzeptanz.

Herr Soppa begründet die Ersetzung des Wortes „Herkunftsland“ durch den pragmatischen Hintergrund, dass eine dokumentarische Prüfung des Wortes schwieriger war. Das neue Wort soll die gewünschten Merkmale konkretisieren.

Herr Dr. Giannikopolous, sachkundiger Einwohner merkt an, dass die Namenänderung eine Anpassung an die Realität ist. Er schlägt vor, das Gremium in „Integrationsbeirat“ umzuändern anstatt „Integrationsausschuss“.

Frau Khuen-Belasi, sachkundige Einwohnerin weist daraufhin, dass das PartIntG keinen einheitlichen Namen vorschreibt. Der Name in „Integrationsbeirat“ ist angenehmer als „Integrationsausschuss“. Außerdem wird der Schwerpunkt auf den Prozess der Integration begrüßt.

Her Stadtrat Cramer zeigt Verständnis für den Wunsch das Gremium in „Integrationsbeirat“ zu ändern, weil es eine schlüssigere Konnotation zum Titel „Migrationsbeirat:in“ gibt. Er stellt einen Änderungsantrag über die Namensänderung in „Integrationsbeirat“ anstelle von „Integrationsausschuss“.

Herr Bürgermeister Dr. Lenz bittet zur Abstimmung für den Änderungsantrag.

Der Änderungsantrag wurde mit zwei Stimmenenthaltungen angenommen.
Die Vorlage wurde mit einer Stimmenenthaltung angenommen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Migrationsbeirat die in der beigefügten Änderungssatzung aufgelisteten Änderungen der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Beteiligung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner im Migrationsbeirat sowie die Änderungen der dazugehörigen Wahlordnung einschließlich der Umbenennung des aktuellen „Migrationsbeirates“ in „Integrationsbeirat“.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der entsprechenden Änderung in § 21 Absatz 1 Punkt 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates.

TOP 3 **Unterzeichnung der Erklärung „Unsere Städte – unsere Stimmen“ zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige**

Herr Stadtrat Wenzel merkt an, dass die Zeit von drei Jahren zu wenig ist um in einem anderen Land zu entscheiden ob man dort etwas politisch verändern möchte.

Die Vorlage wurde mit zwei Stimmenenthaltungen und einer Gegenstimme angenommen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Unterzeichnung der Erklärung „Unsere Städte – unsere Stimmen“ nach Vorberatung im Migrationsbeirat zu und beauftragt den Herrn Oberbürgermeister, die als Anlage 1 beigefügte Erklärung, zu unterzeichnen.

TOP 4 Karlsruher Integrationsmanagement: Regelstrukturen, Maßnahmen und Projekte im Bereich Geflüchtete

Frau Denninghaus führt in die Vorlage ein.

Herr Stadtrat Borner betont, dass eine Evaluation für die Grüne Fraktion sehr wichtig ist. Die Vorlage beschreibt dass aktuelle Projekte in Zukunft nicht mehr gefördert werden. Welche Projekte sind das und kann man schon Bedarfe an anderen Stellen verzeichnen?

Stadträtin Binder weist daraufhin, dass das Wort „auflösen“ zu harsch formuliert ist und fragt, ob man stattdessen das Wort „zusammenführen“ benutzen kann oder eine anderweitige Umformulierung der zweiten Beschlussziffer möglich wäre.

Herr Bürgermeister Dr. Lenz antwortet, dass Doppelstrukturen erkannt werden sollten. Gleichzeitig beschreibt die Vorlage nur eine Absicht und nicht, dass Projekte ohne weiteres aufgelöst werden.

Frau Denninghaus betont, dass die Projekte noch nicht identifiziert sind. Deshalb wird dieser Evaluierungsprozess angestoßen. Es gilt der bedarfsorientierte Einsatz der Mittel. Besondere Bedarfe sind z.B. im Bereich der Sprachförderung im Bereich Übergang Kita-Grundschule aktuell schon stark erkennbar.

Frau Greiner weist daraufhin, dass keine neuen Projekte durch den Haushalt verstetigt werden und deshalb alles durch den Bfi-Topf finanziert wird.

Herr Bürgermeister Dr. Lenz betont, dass alle nächsten Schritte vorher im Arbeitskreis Migrationsbeirat besprochen werden.

Frau Stadträtin Binder stellt den Änderungsantrag um das Wort „aufzulösen“ durch „unter Fortführung der Angebote zusammenzuführen“ in der zweiten Beschlussziffer zu ersetzen.

Der Änderungsantrag wurde mit vier Stimmenenthaltungen und drei Gegenstimmen angenommen.

Die Vorlage wurde mit einer Gegenstimme angenommen.

Beschluss:

1. Die Verlängerung des Projektes „Deutsch für ukrainische Kinder im Vorschulalter ohne Kita-Platz“ der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. bis zum 31.12.2023
2. Die Verwaltung zu beauftragen, freiwillige Maßnahmen und Projekte im Handlungsfeld Geflüchtete zu evaluieren und, im Hinblick auf die notwendige Haushaltskonsolidierung, Doppelstrukturen unter Fortführung der Angebote zusammen zuführen.

gez. Martin Lenz
Bürgermeister

Für das Protokoll:
Berfin Ergin
Büro für Integration

Ende: 18:46